

ÄSTHETISCHE THEORIE

Karl Rosenkranz

Ästhetik des Hässlichen

Hg. und mit einem Nachwort von Daniel Kliche. Stuttgart (Reclam) 2007, 496 S., 13,90 €

1853 veröffentlichte der Hegelianer und renommierte Hegel-Biograph Karl Rosenkranz seine »Ästhetik des Hässlichen«: kein Gegenentwurf zur idealistischen Ästhetik des Meisters, sondern gedacht als eine Art Nebenstück, das aber weit reichende Veränderungen im Kunstverständnis anzeigte. Daniel Kliche geht in seinem klugen Nachwort zur Neuauflage auf die zugrunde liegende gesellschaftliche Veränderung, die allgemeine Verhässlichung durch den Industriekapitalismus, ein und erinnert daran, dass nur vier Jahre später Baudelaires »Blumen des Bösen« erschienen, die mit ihrer Thematisierung des Dämonischen und Devianten die klassische Fixierung aufs Kunstschöne explizit beendeten. Und das hat ja stilbildend gewirkt! Wenn man die heutige Kunstproduktion – von Stephen King bis Elfriede Jelinek, von Free Jazz oder Noise Music bis zur Malerei der jungen und jüngsten Wilden – betrachtet, wirkt Rosenkranz' Schrift geradezu prophetisch, während Hegels Ästhetik wie ein Relikt aus einer versunkenen Welt erscheint.

Dabei hält sich Rosenkranz an die grundlegenden Bestimmungen Hegels, für den die Ästhetik selbstverständlich das »Reich des Schönen« ist. Auch bei Rosenkranz besitzt das Hässliche keine positive Existenzberechtigung; es ist nur im Übergang zur Komik zulässig, die das Un- oder Missgestaltete seiner Unwahrheit überführt und dem Gelächter preisgibt. Daneben nimmt Rosenkranz in Absetzung von der philosophischen Tradition kleinere Korrekturen bei der Einordnung des Erhabenen oder des Gefälligen vor – theoretische Fragen, die von heute aus gesehen eher akademisch verstaubt wirken. Wegweisend ist die Schrift aber noch in einer anderen Hinsicht. Den Schlusspunkt der Ästhetik des Hässlichen bildet die Karikatur. Sie ist das klassische Zerrbild, das die Hässlichkeit auf die Spitze treibt, und hat so auch Eingang in Kants oder Hegels Kunstphilosophie gefunden. Daran knüpfen die Überlegungen von Rosenkranz an.

Er geht jedoch über die traditionellen Bestimmungen hinaus: Nicht das verzerrende, übertreibende, also letztlich satirische Abbild des menschlichen Treibens – das ex negativo wahre Schönheit ahnen lässt – ist für ihn entscheidend. Die höchste Form sieht Rosenkranz vielmehr in der »phantastischen Karikatur«. Als Beispiel dafür nennt er Rodolphe Töpffer, der heute weitgehend vergessen ist, der aber als Begründer der modernen Comic-Strip-Literatur, Jahrzehnte vor Wilhelm Busch, Furore machte. Einer seiner Bewunderer war übrigens Goethe, der den Schweizer Zeichenlehrer Töpffer dazu überredete, die für den Freundeskreis gezeichneten Bildergeschichten in den Druck zu geben. Goethe machte auch im Gespräch mit Eckermann geradezu prophetische Äußerungen, die auf die zukünftigen künstlerischen Möglichkeiten des Comics hinwiesen (vgl. »Comiclektüre« in EB 3/06).

Wie Goethe hat Rosenkranz das ästhetische Potenzial der Bildergeschichte erkannt. Doch der Weltgeist, von Weimarer Klassik und Hegelschule so eindringlich beschworen, brauchte noch 150 Jahre, bis er dem Künstler Chris Ware den Auftrag erteilte, mit »Jimmy Corrigan, the smartest kid on earth« das Potenzial auszuschöpfen und der Menschheit das entsprechende

Opus Magnum zu präsentieren: Ware zeigt hier, wie alles zur Ware wird, und veredelt die vollendete Hässlich- und Trostlosigkeit des Turbokapitalismus durch höchste Kunstfertigkeit. Vielleicht ist es aber ganz gut, dass Goethe das nicht mehr erlebt hat, sonst hätte er seinen Faust noch ins Altpapier gegeben...

js

Aktuelle Fachliteratur



WEITERBILDUNGSTRENDS

Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (DIE)

Trends der Weiterbildung – DIE Trendanalyse 2008

Bielefeld (wbv) 2008, 139 S., 34,90 €

Für den Mut und die umfangreiche Arbeit an der wohl längst überfälligen Vorlage einer Trendanalyse – in Ab-

grenzung zu einer eigenen Datenerhebung, einem Bericht, einem Stimmungsbarometer oder einer Prognose –, den Gesamtbereich »der institutionellen Weiterbildung in Deutschland« (12) betreffend, gebührt dem DIE allemal Anerkennung. Dies umso mehr, als sicherlich Praktiker mit ihren einschlägigen Kenntnissen, Politiker aufgrund politischer (nicht immer sorgsam reflektierter) Ziele und Strategien, Wirtschaftsverantwortliche mit Blick auf ihre effizienzorientierten Daten und nicht zuletzt die wissenschaftliche Garde der empirisch Forschenden hinsichtlich methodischer Details und im Grundsatz vieles in Frage stellen und kommentieren werden.

Für die Unsicherheit, sich auf diesem wackeligen und abschüssigen Boden zu positionieren, ist denn auch die Anlage des Buches ein Beleg – viel Vorsicht und Absicherungsbemühen sind erkennbar, die angekündigte »referenzsensible« Betrachtungsweise (10) durchzieht die meisten Kapitel und drückt sich (leider zu oft) in den nicht nur sprachlich etwas blass formulierten Trends aus. In den einleitenden, notwendigen methodischen Klärungen werden die »Rahmenbedingungen« für die Weiterbildung gewagt knapp zusammengefasst. Zwar fehlen weder die »Globalisierung« (13) noch die demographische Entwicklung (14) noch der Nationale Qualifikationsrahmen oder das in NRW geförderte Bildungssparen und die Tarifpolitik (15), dafür aber eine Abgrenzung und Klärung des Bereichs der Weiterbildung, also des Bezugsfeldes, zu dem die Trendaussagen gemacht werden.

Im Zentrum des Buches stehen 23 Trends – ergänzt, bestätigt, kommentiert mit viel interessantem Datenmaterial, das dem einleitend selbst gesetzten, aus pragmatischen Gründen jedoch gleich wieder relativierten Kriterium »Trend« = Entwicklung über zehn Jahre (7, 11) zwar nicht genügt, aber dennoch relevant erscheint. Die 23 Trendaussagen sind fünf Kapiteln zugeordnet: Weiterbildungsbeteiligung und Teilnahmestrukturen, Angebot, Personal, Einrichtungen und Finanzierung. Sie beziehen sich aber nur mit einem starken Drittel auf den Gesamtbereich der Weiterbildung, ansonsten gibt es Trendaussagen zu Segmentbereichen. Offensichtlich allein aufgrund der Datenlage überproportional stark bedient wird der VHS-Bereich mit gut

acht eigenen Trends, obwohl aus der Tabelle 21 (85) hervorgeht, dass die Einrichtungen der Volkshochschulen mit 5,3 % sogar weniger vertreten sind als die konfessionellen Einrichtungen (6,7 %). Weitere Trends werden zum SGB-III-Bereich und zur beruflichen Weiterbildung genannt.

Da das DIE in zwei Jahren bereits die nächste Trendanalyse vorgelegt will, seien hier einige Anmerkungen gestattet:

- Die Lesefreundlichkeit ist verbesserungsfähig: Den 23 Trends wird zwar die Aufgabe zugewiesen, das Buch zu strukturieren. Dies tun sie aber keinesfalls, da sie in Größe und Erscheinungsbild völlig uneinheitlich daherkommen, teilweise eine ganze Seite einnehmen, teilweise aber auch unter einem größeren Trend versteckt werden (74). Und wenn die Einleitung sie als »grau unterlegt« (12) ankündigt, sollten sie nicht nur grau gerahmt sein. Für die Lesbarkeit wäre es eine große Hilfe, nachvollziehen zu können, auf welches Datenmaterial sich der Trend konkret bezieht. Dies gilt z.B. besonders für Trend 14 (74), aber auch für die Trends 15, 16, 18 oder bei Trend 9 (59), wo ein Trend für die berufliche Weiterbildung mit Daten aus »berufsrelevanten VHS-Kursen« gestützt wird. Die Unterscheidung zwischen Tabellen und Abbildungen ist ebenfalls nicht lesefreundlich gestaltet, zumal wenn Trendaussagen mit Verweisen nachvollzogen werden sollen. Und die Verweise sollten von Beginn an stimmen (siehe z.B. 27). Der Fließtext, aber auch die Anmerkungen sollten dringend vom ermüdenden Referieren ganzer Datenkolonnen befreit werden (siehe 57, FN 27).
- Auf die Widersprüchlichkeit von Trend 7 und Trend 21 sei hier extra hingewiesen: Bei Trend 7 wird der politisch gewollte (48) Rückgang der SGB-III-Maßnahmen mit einer gewagten und bagatellisierenden Diktion (»scheint die Talsohle durchschritten«) interpretiert. Bei Trend 21 wird im Zusammenhang mit dem SGB III die »stark rückläufige« Förderung als »dramatischer Rückgang« und als Einbruch (108) dargestellt.
- Ein Grundsatzproblem, dem sich das DIE allzu leicht entzieht, sei hier eigens thematisiert: Die Trendanalyse zieht Daten heran, um Entwicklungslinien der Weiterbildung »zu identifizieren und zu interpretieren«. Sie gibt aber weder »Empfehlungen« noch »Bewertungen« (7). Dieser Anspruch ist zu überdenken, gerade weil die Trendanalyse nicht »unpolitisch« ist. Sie zieht bei vielen Trendaussagen Daten heran, die auch aus diversen weiterbildungspolitischen Interessen heraus erfasst worden sind. Zudem ist die Definition des Untersuchungsfeldes »Weiterbildung« politisch hoch brisant und die politische Fehlinterpretation und -nutzung von unbewerteten Trendaussagen scheint mehr als nur möglich: Besonders im Falle des Länderbenchmarking zur Weiterbildung bietet das DIE brisante Daten wie etwa die Entwicklung der Relation von Landesförderung und Leistungsentwicklung. Die Intention des Autors, die »notwendige Bewertung den Adressaten des Berichts« zu überlassen, scheint aus erwachsenenpädagogischer Perspektive fahrlässig. Diese Befürchtung belegt eindrucksvoll der abschließende Satz der Trendanalyse zur Finanzierung, wonach es »die Drittmittelfinanzierung der öffentlichen Hand im Unterschied zur institutionellen Sockelfinanzierung über die Zweitmittel (ermöglicht), eine zeitweise Finanzierung zur Durchsetzung spezifischer Interessen und Ziele (Hervorh. M.T.) zu etablieren« (116). Zudem scheint der Begriff der »Sockelfinanzierung« mit Bezug auf die Landesfinanzierung (109) mindestens irreführend.

- Der unverhältnismäßig hohe Anteil von Trendaussagen zu den Volkshochschulen wurde bereits erwähnt und ist mit dem Hinweis auf die exzellente Datenlage dort nicht wirklich befriedigend zu erklären. Es ist hoffentlich kein eigener Trend im DIE, die Volkshochschulen mit dem Weiterbildungsbereich, sei es auch nur mit dem öffentlich geförderten, gleichzusetzen, wie dies mindestens zweimal geschieht (76, FN 45; 109).

Insgesamt – so auch der Eindruck, den das zusammenfassende Kapitel 8 vermittelt – ist der Bereich der Weiterbildung, was die Entwicklung »relevanter Indikatoren« sowie erst recht verlässlicher und sinnvoller »Strukturierungen und Erhebungsverfahren« (212) betrifft, noch längst nicht angemessen aufgearbeitet. Das Buch ist daher ein unverzichtbarer und wertvoller Schritt, diese Aufgaben anzugehen und nachzuholen.

Markus Tolksdorf

BILDUNGSTHEORIE

Ludwig A. Pongratz

Untiefen im Mainstream – Zur Kritik konstruktivistisch-systemtheoretischer Pädagogik

Wetzlar (Büchse der Pandora) 2005, 203 S., 18 €

Das Buch von Ludwig A. Pongratz, Professor für Allgemeine Pädagogik und Erwachsenenbildung an der Technischen Universität Darmstadt, passt zum Jahr 2008 mit seinen zahlreichen Rückblicken auf »68«. Es handelt von der Verdrängung einer kritischen Bildungstheorie, für die einst die Namen Adorno oder Heydorn standen, durch den pädagogischen Mainstream, dessen Untiefen es auf den Grund gehen will: Es zeigt sowohl die Seichtheit einer Pädagogik, die unter der Devise »Pragmatisch, praktisch, gut« den Ballast kritischer Gesellschaftstheorie über Bord wirft, als auch die intellektuellen Sackgassen eines solchen Bemühens um stromlinienförmige Funktionalität. Leichte Lektüre wird damit nicht geboten; das verhindern schon die verschlungenen Gedankengänge von konstruktivistischer Erkenntniskritik und Systemtheorie, die den Hauptgegenstand des Buches bilden. Doch wird der Leser dafür, so er es mag, durch eine literarische Aufbereitung der Kontroverse entschädigt.

Erstens Konstruktivismus. Er bestreitet die Erkennbarkeit der objektiven Realität und geht stattdessen von Wirklichkeitsfiktionen aus, wobei er sich nicht mit der Neuauflage philosophischer Gemeinplätze begnügt, sondern den Anschluss an die moderne empirische Wissenschaft, speziell an die Neurobiologie, sucht. Deren Erkenntnisse über die Funktionsweise des Gehirns werden für das Unerkennbarkeitstheorem verwertet. Das Verfahren, »biologische oder neurophysiologische Forschungsergebnisse philosophisch gleichsam 'hochzutransformieren' (64), führt dann zu den bekannten Widersprüchen: Der Konstruktivist entdeckt die Konstitutionsprinzipien der Wirklichkeit, die Abgeschlossenheit von »Ding an sich« und »Gehirn an sich«; aufgrund dieser tiefen Einblicke erlässt er Vorschriften für alle anderen, die sich als geschlossene Erkenntnissysteme keine Illusionen über Korrespondenzen zur Außenwelt machen sollen. Dass das widersprüchlich ist, lässt diese wissenschaftstheoretische Schule kalt; man schreibt einfach ins Vorwort einschlägiger Arbeiten, hier bewege sich das Denken im Rahmen bestimmter Paradoxien...

Zweitens Systemtheorie. Deren Vertreter haben sich entschieden, alle denkbaren Gegenstände jeweils als System zu be-

trachten und dabei speziell mit früheren kritischen Überlegungen zum Verhältnis von Individuum und Gesellschaft, zu Interessengegensätzen oder Systemveränderung Schluss zu machen. Nicht nur inhaltlich gibt es eine Übereinstimmung mit dem Konstruktivismus – die Systeme sind selbstorganisierend, selbstschöpfend, autopoietisch, also abgeschlossen von der Außenwelt –, sondern auch formal, indem die Theorie dekretiert, wie man die Welt zu sehen hat, nämlich allein aus dem Blickwinkel von Kommunikationsprozessen, die nichts anderes im Sinn haben, als einen Systemzusammenhang herzustellen und aufrechtzuerhalten. Und dass die Gesellschaft zusammenhält, soll man dankbar anerkennen, ohne groß nach dem Warum und Wozu zu fragen. Pongratz unterzieht diese Positionen einer minutiösen Grundlagenkritik, danach erfolgt im letzten Drittel des Buches die konkrete Auseinandersetzung mit der Mainstream-Pädagogik.

Sie wird vom Autor als Light-Version der beschriebenen Wissenschaftsmoden gefasst. Der radikale Konstruktivismus erscheine in abgemilderter Form, es werde Verschiedenes integriert, aber eine für den Praktiker eindeutig handhabbare Innovation bei Bildung, Lehren und Lernen komme nicht zustande: »Klar umrissen erscheint allenfalls der Gegner, gegen den konstruktivistische Pädagogen zu Felde ziehen: nämlich die ‚Instruktionsdidaktik‘ mitsamt ihrem Anspruch, Lehr-Lern-Prozesse auf ‚lineare Gewissheitsstrukturen‘ gründen zu können.« (121) Damit sei auch das erledigt, was früher einmal als Theorie-Praxis-Verhältnis bekannt war: »Von Theorien wird lediglich erwartet, die Findigkeit des Praktikers zu erhöhen, auch in kontingenten Situationen noch ans Ziel zu kommen.« (122) Der Pädagoge wird also vor allem mit der Konstruktion eines Feindbildes bedient, ansonsten »geht es weniger um eine innovative Praxis als um ein ‚reframing‘ (teils bekannter, teils neuer) theoretischer Versatzstücke« (123), wobei das betreffende Wissenschaftsmarketing nicht darauf verzichte, »die Aura einer neuen Freiheits- und Reformpädagogik« (123) zu verbreiten. Letztendlich läuft das Programm der konstruktivistisch-systemtheoretischen Pädagogik auf den neuen kategorischen Imperativ hinaus: »Akzeptiere die immanente Verfasstheit der modernen Welt. Nimm sie, wie sie ist: komplex, paradox, unübersichtlich.« (179) So jedenfalls lautet die Dechiffrierung der pädagogischen Verheißungen, die Pongratz' Schrift in ihrer detaillierten Durcharbeitung durch den neuesten Zeitgeist vornimmt. Alles in allem, eine fulminante Streitschrift!

js

BILDUNGSPOLITIK

Horst Bethge u.a. (Hg.)

PISA-Schock: Was sagt Die Linke?

Hamburg (VSA) 2008, 244 S., 16,80 €

Ja, was sagt eigentlich Die Linke, also die neu formierte Linkspartei, die im November 2007 ihren ersten bildungspolitischen Kongress abgehalten hat? Sie bringt im Grunde (vgl. »Schlagworte der Weiterbildung« in EB 1/08) einen Einspruch gegen die Ökonomisierung und »Verbetriebswirtschaftlichung« von Bildung vor, der einen breiten Konsens von Praktikern und Theoretikern der Bildungsarbeit quer durch politische Lager und pädagogische Sektoren formuliert. Mit den Worten von Professor Armin Bernhard, Universität Duisburg-Essen, der zum angezeigten Band den bildungstheoretischen Hauptaufsatz beigesteuert hat: Es geht um den Widerstand gegen einen neoli-

beralen Prozess hin »zu einer paradigmatischen ideologischen Umformulierung der ‚Bildungsidee‘«. Bildung werde heute »zunehmend auf den Aspekt wirtschaftlicher Wertschöpfung fixiert... Dass Bildung in einem Zusammenhang mit einer vernünftigen Subjektentwicklung steht, gilt fast schon als antiquierte Vorstellung.«

Der Kongress, auf den der Sammelband zurückgeht, zielte bewusst auf Offenheit und Breite der Diskussion und verstand sich nicht im engeren Sinne als Parteiveranstaltung. Wie seinerzeit die Grünen versucht die Linke heute einer verbreiteten gesellschaftlichen Unzufriedenheit zur Artikulation zu verhelfen. Das geht natürlich auf Kosten einer bildungspolitischen Kohärenz, doch ist es damit gelungen, eine Kritikposition, wie sie gerade auch von den Lehrkräften und ihren Verbänden geäußert wird, nachdrücklich zu begründen und speziell dem Vorwurf des »Neoliberalismus« Kontur zu verleihen – statt ihn, was häufiger geschieht, als Schlagwort in die politische Debatte zu werfen. Dieser Vorwurf, der auf den hegemonialen Trend der Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung zielt, kann ja sinnvollerweise am Bildungswesen festgemacht werden, während er sonst leicht absurd wirkt: Was soll es leisten, der Marktwirtschaft vorzuwerfen, dass sie den Markt zum leitenden Prinzip macht?

Der Band von Bethge und Co. trägt Grundsatzpositionen der Linkspartei, der Gewerkschaften, der kritischen Wissenschaft vor, wobei sich die Konkretisierungen vor allem auf Schule, Hochschule und Public-Private-Partnership (Bertelsmann Stiftung etc.) beziehen. Fragen der Weiterbildung und Erwachsenenbildung wurden zwar beim Kongress diskutiert, haben aber nicht als eigenständige Diskussionsbeiträge Eingang in die Publikation gefunden. Ulrike Zerhau, Bildungsreferentin bei Verdi und stellvertretende Bundesvorsitzende der Linken, nennt in ihrem Beitrag allgemeine Punkte zu »Erhalt und Ausbau der Erwachsenenbildung«. Der GEW-Bundesvorsitzende Ulrich Thöne trägt die gewerkschaftliche Kritik am Bildungsmarkt vor. Auch der Aufsatz von Bernhard spricht erwachsenenpädagogische Fragen an (Entschleunigung etc.). Interessant ist das Buch für die außerschulische Szene vor allem wegen seiner grundsätzlichen Anmerkungen zum bildungspolitischen Zeitgeist. Es präsentiert, wie die Herausgeber formulieren, »gedanklichen Rohstoff«, der sich, im Stil des herrschenden Ökonomismus gesprochen, sicherlich für die Herstellung vorzeigbarer Produkte verwerten lässt.

js

BILDUNGSGESCHICHTE

Paul Ciupke/Klaus Heuer/Franz-Josef Jelicch/

Justus H. Ulbricht (Hg.)

»Die Erziehung zum deutschen Menschen« – Völkische und nationalkonservative Erwachsenenbildung in der Weimarer Republik

Essen (Klartext) 2007, 298 S., 29,90 €

Mit der »Erziehung zum deutschen Menschen« liegt ein brauchbarer Sammelband zur Geschichte der deutschen Erwachsenenbildung vor, der sich von der gängigen Geschichtsschreibung zur Profession durch die Auswahl des historischen Gegenstandes deutlich unterscheidet. Beschäftigt sich die Historiographie der Erwachsenenbildung sonst meist mit normativ akzeptablen Traditionslinien, also positiven Beispielen der Weiterbildungsgeschichte, so schließt das Kompendium von Paul

Ciupke und seinen Kollegen aus der erwachsenenpädagogischen Theorie und Praxis eine wichtige Lücke, indem es auf die »Volksbildung« des Kaiserreiches und der Weimarer Republik eingeht.

Hervorgegangen aus einer Tagung des Bildungswerks der Humanistischen Union und des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (DIE) bietet die Anthologie im ersten Teil neben einer Bestimmung des Forschungsgegenstandes einen Überblick über die vielfältigen Strömungen der damaligen Volks- respektive Erwachsenenbildung. Dem schließt sich eine kritische Würdigung bzw. Diskussion des Terminus »völkisch« an, ohne den die damalige »Volksbildung« als Sehnsucht nach dem großen Ganzen nicht zu haben war. Resultat ist ein Plädoyer für ein engeres und kritischeres Verständnis des Völkischen in der nationalen Bildungsarbeit.

Gegenstand des zweiten Teils sind die Institutionen und Protagonisten der nationalkonservativen Volksbildung, also das Spektrum der deutsch-nationalen Schulen und Bildungsstätten. Diesem schließt sich ein dritter Teil zur Geschichte von Konzepten und Akteuren der völkischen Bildung in der Weimarer Republik an. Der vierte Teil bietet zum Abschluss einen Überblick über die ideologische Richtung der christlich-konservativen Volksbildung samt ausgewählten Einrichtungen, darunter etwa zur »Dorfkirchenbewegung« von Hans von Lüpke. Ein Aufsatz dokumentiert den Weg der christlich-nationalen Bauernschule Neudietendorf zur nationalsozialistischen Eliteschule.

Der Sammelband ist eine gelungene Handreichung für all jene, die sich mit einem dunklen Kapitel der Erwachsenenbildungsgeschichte, nämlich mit den antimodernen, antidemokratischen und völkischen Tendenzen der Volksbildung in der Weimarer Republik, befassen wollen. Außerdem bietet der Sammelband einen Überblick über die wichtige Rolle der politischen Bildung in der politischen Krisenbewältigung der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg bzw. bei dem Erfolg der Ideologie von der Notwendigkeit einer nationalen Erneuerung.

Vinzenz Bosse

NATIONALE IDENTITÄT

Klaus Ahlheim/Bardo Heger

Nation und Exklusion – Der Stolz der Deutschen und seine Nebenwirkungen

Schwalbach/Ts. (Wochenschau) 2008, 124 S., 12,80 €

»Kosmopolitisierung« hieß das zentrale Stichwort einer Fachtagung vom März 2008 zum Leitbild Weltbürger in der politischen Bildung, veranstaltet von Haus am Maiberg, Heppenheim, der Akademie für politische und soziale Bildung in der Diözese Mainz (siehe »Bildung heute« in EB 4/07). Akademiedirektor Benedikt Widmaier, der die Tagung zusammen mit Fachleuten und Fachorganisationen der Bildungsarbeit konzipiert hatte, vertritt die These, dass mit dem kosmopolitischen Thema eine der entscheidenden Herausforderungen für die Weiterentwicklung der politischen Bildungsarbeit benannt ist. Eine empirische Bestätigung dafür liefert jetzt die aktuelle Studie der Erziehungswissenschaftler Klaus Ahlheim und Bardo Heger.

Die Studie setzt einen Schritt zuvor an. Sie fragt nach dem Charakter und den Leistungen der nationalen Orientierung, die bislang – und wohl bis auf Weiteres, wie auch der kosmopolitischen Debatte bewusst ist – die entscheidende politische Bezugsgröße darstellt. Sie zeigt, dass dem verbreiteten pädagogischen Stufen-

modell, das Nation, Europa und Globalität als ergänzende Größen aufeinander beziehen will, eine idealistische Vorstellung zugrunde liegt – nämlich ein Ideal von der versöhnlichen Rolle nationaler Identitätsbildung in Zeiten eines weltpolitisch und weltwirtschaftlich zugespitzten Globalisierungsprozesses mit seinen wenigen Gewinnern und vielen Verlierern.

Dass die Realität anders aussieht und dass somit auch die Thesen von einem neuen, harmlosen, weltoffenen Nationalismus, der als deutsche Normalität spätestens seit dem Fußballsommer 2006 um sich greifen soll, haltlos sind, legen Ahlheim und Heger an einer ausführlichen Interpretation des empirischen Materials dar, das mit der »Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften« (ALLBUS) zur Verfügung steht. Diese Aufbereitung der Empirie hat – gerade auch im Unterschied zu dem wissenschaftlich hochstilisierten Erhebungsprojekt der Jahrbuchreihe »Deutsche Zustände« (vgl. EB 1/07) – den Vorzug, dass sie für den Laien lesbar, in der Anlage transparent und auf eine klare Fragestellung hin bezogen bleibt.

Zentrales Ergebnis der Analyse ist, dass sich die beliebte Aufspaltung der nationalen Orientierung in ein versöhnliches patriotisches Wir-Gefühl und eine ausgrenzende, abwertende Haltung empirisch nicht bestätigen lässt: »Die Betonung des Nationalen, die Überbetonung zumal, ist ohne Exklusion, ohne Ausschluss der Anderen, ohne Ausschluss auch der unbequemen Vergangenheit nicht zu haben.« Mit dem Vergangenheitsaspekt ist die deutsche Sondersituation angesprochen, in der sich, trotz offizieller Bekundung einer singulären nationalen Schuld, eine Schlussstrichmentalität und eine solide antisemitische Tendenz breitmachen. Die Autoren zeigen aber auch, ohne dies als entschuldigende Relativierung gelten zu lassen, dass sich Deutschland bestens in einen gesamteuropäischen Trend einfügt, »denn das geeinte Europa ist – paradox genug – ein Europa der Nationalismen.«

Die komprimierte Studie vom Ahlheim/Heger ist ein alarmierendes Dokument und zweifellos eine der wichtigsten Veröffentlichungen für eine zukunftsorientierte politische Jugend- und Erwachsenenbildung. Ihr Vorzug besteht auch darin, dass sie an die Diskussionen der außerschulischen Bildung anknüpft und zahlreiche Hinweise zur Erklärung rassistischer, nationalistischer und neofaschistischer Einstellungen sowie zur Kritik verbreiteter Verharmlosungen und Vernebelungen gibt. Schwerpunkt der Publikation ist und bleibt jedoch die Bestandsaufnahme der deutschen (und europäischen) Realität, die der pädagogischen Debatte um neue Leitbilder und neue Orientierungen vorgeordnet ist.

js

RECHTSEXTREMISMUS

Josef Held u.a.

Rechtsextremismus und sein Umfeld – Eine Regionalstudie

Hamburg (VSA) 2008, 190 S., 14,80 €

Professor Josef Held vom erziehungswissenschaftlichen Institut der Universität Tübingen hat zusammen mit einer Forschungsgruppe eine Studie vorgelegt, die den Trend der neueren empirischen Erhebungen bestätigt (siehe die Rezension zu Ahlheim/Heger). Demnach ist der Rechtsextremismus Teil der politischen Kultur in Deutschland; mit seinen nationalistischen und rassistischen Vorstellungen unterscheidet er sich nicht wesentlich von dem, was in der »Mitte der Gesellschaft« gilt; der Übergang von der Mitte zum rechten Rand zeichnet sich nur durch ein spezifi-

sches Aktionspotenzial aus, man könnte auch sagen: durch die Zivilcourage, mit der sich aufrechte Rechte die Sprüche der Stammischbrüder zu eigen machen. Die Studie stützt sich auf eine Erhebung im Rems-Murr-Kreis, einem Landkreis der Stuttgarter Region, der in den letzten Jahren mit rechtsextremen Aktivitäten für Schlagzeilen sorgte.

Im Fazit der Analyse heißt es: »Unsere Untersuchung weist auf, dass die politische Kultur durch eine rechtsgerichtete Stimmung geprägt ist. Rechtsorientierte Akteure können sich durch ihre Umgebung eher anerkannt fühlen und sie sind offenbar gut in ihr Gemeinwesen integriert.« (165) Interessant ist auch, dass die sozialpädagogischen Interpretationen von Heitmeyer und Co. (vgl. die Rezension des Jahrbuchs »Deutsche Zustände« in EB 1/07), die den Rechtsextremismus als ein Problem orientierungsloser Jugendlicher verstehen, nicht greifen: »Nichts deutet darauf hin, dass die Basis für Rechtsextremismus und rechte Orientierungen ein Desintegrationsproblem sein könnte. Verunsicherung, Orientierungslosigkeit, sich auflösende soziale Strukturen scheinen hier keine Basis für rechte Orientierungen zu bilden.« (165) Umso erstaunlicher ist es, dass die Publikation bei ihren »Folgerungen für die Praxis« wieder voll auf den sozialpädagogischen Ansatz der Stabilisierung desintegrierter Jugendlicher setzt.

So wird als Erstes die »akzeptierende Jugendarbeit«, über die es in den letzten Jahren diverse Debatten gab und die von ihrem Urheber dann aus dem Verkehr gezogen (und durch einen »gerechtigkeitsorientierten« Ansatz ersetzt) wurde, als praktische Maßnahme empfohlen. Dazu passt, dass das gescheiterte Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt der frühen 90er Jahre von Held u.a. als interessante politische Intervention bewertet wird. Daneben gibt es dann Vorschläge für erlebnispädagogische Maßnahmen oder interkulturelle Begegnungen sowie viele Ideen zur (polizeilichen) Prävention und Repression. Als wichtiger Ansatz wird auch wieder die Zivilcourage aufgeführt. Diese Tugend ist pädagogisch aber nur bedingt brauchbar, denn sie blendet das Politische zugunsten der Charakterfrage couragiert Handelnder aus; zudem ist fraglich, wie diese Haltung in einer politischen Kultur entstehen soll, die sich vom rechten Rand kaum unterscheidet – möglich würde sie doch nur dadurch, dass man entsprechende Bildungsanstrengungen vorschaltet.

In dem Maßnahmen-Katalog folgen dann doch noch ein paar Bemerkungen zur politischen Bildungsarbeit. Problematisch ist hier, dass vor allem auf die Informationsmaterialien der Bundeszentrale und nicht auf die Trägerszene mit ihrem breiten Angebot Bezug genommen wird und dass sofort eine Verbindung zu Geschichtsprojekten und Erinnerungsarbeit hergestellt wird. Die historische Bildung sollte man aber nicht mit der aktuellen Interventionsaufgabe überfrachten, auch ist diese Aufgabe gerade nicht mit einem Rekurs auf das Dritte Reich zu erledigen. Vielmehr existiert heute eine modernisierte neofaschistische oder rechtspopulistische Szene, wie Glaser/Pfeiffer in ihrem Sammelband »Erlebniswelt Rechtsextremismus« dargelegt haben (vgl. die Vorstellung in EB 1/08). Dort schrieb auch Klaus-Peter Hufer, dass sich die Erwachsenenbildung des Themas in Zukunft stärker annehmen müsse. Dass es hier um eine genuine Bildungsaufgabe jenseits von Jugend- und Sozialarbeit geht, hat sich aber, allem Anschein nach, immer noch nicht herumgesprochen.

js

EUROPA

Jürgen Habermas

Ach, Europa – Kleine Politische Schriften XI

Frankfurt/M. (Suhrkamp) 2008, 192 S., 9 €

Dass »die Zukunft Europas« (85) zur Resignation verleitet, der »heute nur noch der seufzende Ton« (7) bleibt, verdankt sich einzig dem patriotischen Kummer darüber, dass »das anspruchsvolle Projekt der Vereinigten Staaten von Europa« (98) nicht zustande kommt und den Dienst an der je eigenen Nation leistet, für den es vorgesehen und entworfen ist. Angesichts einer Weltordnung, in der »die rücksichtslose Verfolgung nationaler Interessen« (109) herrscht, empfiehlt ein sich für den Erfolg des Nationalinteresses, des Sacro Egoismo, verantwortlich Fühlender die Radikalisierung des globalen status naturalis (Kant), also einer Weltordnung, in der mehr denn je und ausnahmslos gilt: »Die Verhandlungsmacht und das Drohpotential einzelner Staaten sind unzureichend, wenn es um die innovative Gestaltung einer internationalen Ordnung geht« (114). Die »innovative Gestaltung« des status naturalis besteht für Habermas, ganz im Einklang mit den »politischen Eliten« (97), in der Effektivierung der eigenen, nur einzelstaatlichen »Drohpotentiale« durch Bündelung und Zusammenlegung, denn es »haben die Nationalstaaten allein kaum noch eine Chance, je für sich auf das weltpolitische Geschehen Einfluss zu nehmen. Eigene Interessen können sie nur noch im Konzert angemessen wahrnehmen.« (110)

Die seit dem Schäuble/Lamers-Papier von 1994 kursierende, von Joschka Fischer in seiner Humboldt-Rede 2000 explizit aufgeworfene, vorgeblich »ungelöste Frage der finalité« (105), des »Worumwillen der europäischen Einigung« (85), ist aber spätestens seit den Römischen Verträgen keine Frage mehr, die irgendeiner Klärung bedürfte. Vielmehr beantwortet sie Habermas ebenso unzweideutig wie die jeweilige nationalstaatliche »Elite«: Wo das einzelne nationale Droh- und Gewaltpotenzial als Grundlage einer globalfähigen, weltpolitisch relevanten Verhandlungsmacht nicht hinreicht, den status naturalis ökonomisch, geopolitisch und -strategisch zugunsten des eigenen Gemeinwohls, des Sacro Egoismo und seiner Interessendurchsetzung, erfolgreich zu wenden und zu benützen, da stellt sich beim patriotischen Gemüt ein Missbehagen ein und der Wunsch, »das bestehende Missverhältnis zwischen ökonomischem und weltpolitischem Gewicht zu verringern« (101). Selbstredend beinhaltet das milde »weltpolitische Gewicht« so bemerkenswerte Faktizitäten wie »das elementare (!) Recht, über Krieg und Frieden zu entscheiden« (111), und »auch deshalb braucht die Europäische Union eigene Streitkräfte« (86). Auf diese Weise, mit den entsprechenden Gewalt- und Vernichtungsmitteln ausgestattet, kann das beschränkte Gewicht der einzelnen in einer Union zusammengefassten Nationalstaaten zu einem »weltpolitischem Gewicht«, zu globaler Interessendurchsetzung und -geltung, erhöht werden.

Zu beachten ist allerdings: »Das politische Gewicht einer außenpolitisch handlungs- und verhandlungsfähigen Europäischen Union ist nicht nur für den mühsamen Weg der Konstruktion einer neuen Weltordnung erforderlich.« (115) »Mühsam« ist der Weg dorthin, der Weg zu einer »künftigen Weltordnung« (115), aus verschiedenen Gründen. Zuallererst trifft das versammelte Nationalstaatenentum des europäischen Kontinentalblocks, wo immer es auch die weltweite Geltung und Durchsetzung seiner Interessen praktisch wahr machen will, auf das real existierende Faktum einer bereits gültigen Weltordnung, der faktischen pax

americana, weshalb »das anspruchsvolle Projekt der Vereinigten Staaten von Europa« per se ein Konkurrenz- und Angriffsunternehmen gegen die inzwischen auch offen ausgesprochene amerikanische »Hegemonie« darstellt. Dabei geht das Argument nicht gegen Vorherrschaft, sondern gegen deren gegenwärtiges Subjekt: »Bisher haben sich die Europäer bei Einsätzen der NATO den Anweisungen und Regeln des amerikanischen Oberkommandos untergeordnet« (86f.); bei zukünftigen Weltordnungs- und Interessendurchsetzungskriegen des europäischen Nationalstaatentums geht es erklärmaßen auch darum, »einer unipolaren Weltordnung« (118), »der unilateralen Weltordnungspolitik eines sich selbst ermächtigenden Hegemons« (Habermas 2004), eine Absage zu erteilen – was ein wenig heikel ist, denn ein Mitmischen Europas in Sachen »Weltinnenpolitik« (110), eine europäische Weltmitherrschaft unmittelbar gegen oder ohne die »Supermacht« (122) ist momentan undenkbar. Deshalb empfiehlt sich in Sachen okzidentaler Hegemonial-, Weltherrschafts- oder Weltinnenpolitik vorerst eine »bipolare Gemeinsamkeit des Westens« (122). Da die vorgesehene Radikalisierung des status naturalis im 21. Jahrhundert zusätzlich mit »Weltmächten von morgen« (122) zu rechnen hat, perspektivisch »neben den USA, China, Indien und Japan« (86), geht es in der projektierten Weltordnung darum, »ein ebenso labiles wie explosives Gleichgewicht den konkurrierenden Weltmächten« (119) abzunötigen, was den Weg zur Konstruktion einer multilateral-okzidentalen Weltinnen- oder Weltherrschaftspolitik zusätzlich »mühsam« machen dürfte. Dass dieses gesamteuropäische Weltordnungsprojekt ohne »die bewegende Kraft des Nationalismus« (93), ohne »Mobilisierung der Bürger« (99) durch die »politischen Eliten«, ohne »den Unterbau eines »europäischen Volkes« (93), ohne »kollektive, europäische Identität« (106), also ohne die »bewegende Kraft« eines gesamteuropäischen Supra-Nationalismus von unten machbar ist, lässt sich natürlich bezweifeln. Zur Resignation besteht jedoch, wie Habermas selbst exemplarisch vorführt, keinerlei Anlass.

Manfred Henle

NEOLIBERALISMUS

Christoph Butterwegge/Bettina Lösch/Ralf Ptak (Hg.)

Neoliberalismus – Analysen und Alternativen

Wiesbaden (VS – Verlag für Sozialwissenschaften) 2008, 420 S., 24,90 €

Die Rede vom »Neoliberalismus« ist heutzutage populär. Wenn die Marktwirtschaft bei Privatisierungen und Sanierungen, bei Massenentlassungen, Lohnsenkungen oder Arbeitshetze unübersehbar ihre hässliche Seite zeigt, wenn politische Entscheidungen solche Tendenzen als Sachzwang bejahen und auf die Durchsetzung des Marktprinzips in möglichst vielen Handlungsfeldern dringen, wird bei Kritikern der Vorwurf einer »neoliberalen« Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik laut. Dass damit nicht nur die Ablehnung unschöner Entwicklungen, sondern ein praktisch wirksames, ideologisch elaboriertes, wenn auch facettenreiches und schwer eingrenzbares Projekt bezeichnet ist, haben die Kölner Politikwissenschaftler Butterwegge, Lösch und Ptak im Vorjahr mit ihrer »Kritik des Neoliberalismus« dargelegt (vgl. die Vorstellung in EB 4/07).

Dem folgt nun die Fortsetzung mit »Analysen und Alternativen«, wobei die Alternativen in dem Sammelband – passend zum heutigen politischen Mainstream – eher eine Randexistenz führen. Das zeigt etwa der Aufsatz von Bettina Lösch über »politische

Bildung in Zeiten neoliberaler Politik«, der nicht nur den Status quo von Schulunterricht und universitärer Politikdidaktik, sondern auch die gegenwärtige Praxis der Erwachsenenbildung thematisiert und der vor allem den Trend der »Verbetriebswirtschaftlichung« in den Blick nimmt. Die Praktiker der Bildungsarbeit werden hier eine Bestätigung für die Bedenken und Kritikpunkte finden, die in der Fachöffentlichkeit der außerschulischen Bildung seit Längerem zirkulieren. Lösch bezieht sich dabei auch auf die Streitschrift »Scheingefechte« (2004) von Klaus Ahlheim, mit der der Autor seinerzeit zu einer Debatte in der Zeitschrift Erwachsenenbildung abschließend Stellung nahm (vgl. die Vorstellung der neuen Aufsatzsammlung von Ahlheim in EB 1/08).

Aufschlussreich ist Löschs Analyse der »neuen Lernkulturen«, wie sie u.a. von Wolfgang Sander propagiert wurden. Diese präsentieren sich ja als zeitgemäße, ideologiefreie Konzeption von Bildung jenseits einer herrschaftslegitimierenden oder »missionarischen« Belehrungskultur, also gerade auch als Überwindung ehemals favorisierter gesellschaftskritischer Ansätze. An solchen und anderen Modernisierungsimperativen zeigt die Autorin, wie sich neoliberale Tendenzen im Bildungsbereich konzeptionell und nicht nur auf der förderungspolitischen Ebene mit ihrem Rückzug der öffentlichen Verantwortung und ihrem Gebot kundenorientierter Verschlinkung bemerkbar machen. Modernisierte Bildungskonzepte zielten so auf ein »Antrainieren« von Sozialtechniken«, schmückten sich allerdings gerne mit dem Leitbild der Mündigkeit aus der Tradition emanzipatorischer Pädagogik. Ihren Gegenentwurf konzentriert Lösch auf Begriffe wie Zivilgesellschaft, Aufklärung oder Kontroversität.

Weitere Alternativen des Sammelbandes befassen sich mit der kirchlichen Kapitalismuskritik (Friedhelm Hengsbach), mit der Situation in Lateinamerika (Dieter Boris/Anne Tittor) oder mit der Rolle der Gewerkschaften. Zum letztgenannten Punkt schreibt Hans-Jürgen Urban, der selber ein »ABC zum Neoliberalismus« vorgelegt hat (vgl. EB 1/07). Der Hauptteil des Buches ist jedoch der Vertiefung der Analyse gewidmet, wie sie im ersten Band begonnen wurde. Hier geht es erstens um die »theoretische Verortung des neoliberalen Projekts« (Elmar Altvater u.a.), zweitens um verschiedene Wirkungsbereiche von der Wissenschaftstheorie bis zur Alterssicherung und drittens um den »Doppelcharakter des neoliberalen Staates«. Dazu hat der Mitherausgeber Christoph Butterwegge einen Aufsatz über »Marktradikalismus und Rechtsextremismus« beigesteuert, der auf den Zusammenhang von neoliberaler Globalisierung und Standortnationalismus eingeht – und damit auch eine wichtige Herausforderung für die Erwachsenenbildung thematisiert. Die aktuellen Entwicklungen im Bereich von Rechtsextremismus und -populismus hat Butterwegge übrigens auch in seiner jüngsten Publikation »Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut« (zusammen mit Gudrun Hentges, Opladen 2008) aufgegriffen.

js

RUANDA

Roméo Dallaire

Handschlag mit dem Teufel – Die Mitschuld der Völkergemeinschaft am Völkermord in Ruanda

2. Aufl., Frankfurt/M. (Zweitausendeins) 2007, 651 S., 12,90 €

1994 ereignete sich in Ruanda, wie der Katastrophen-Experte Rupert Neudeck formulierte, der »schnellste Völkermord der Zeitgeschichte«. In 100 Tagen ermordeten die Milizen des durch ei-

nen Bürgerkrieg in Frage gestellten Habyarimana-Regimes knapp eine Million Menschen, die als Staatsfeinde ausgemacht worden waren. Die Milizen bedienten sich des speziellen, aus Kolonialzeiten überlieferten rassistischen Tutsi/Hutu-Konstrukts, exekutierten damit aber ein Prinzip der ethnischen Säuberung, das der modernen Staatenwelt bestens vertraut ist und das nur unter bestimmten Umständen zu einer Aufregung der Weltöffentlichkeit führt (vgl. das Buch des israelischen Historikers Ilan Pappé über den Fall Palästina, vorgestellt in EB 4/07).

Das dokumentiert auch der Fall Ruanda. Als dieses Gebiet aus der kolonialen Erbmasse Europas Anfang der 60er Jahre seine Unabhängigkeit erlangte, ging das mit Pogromen einher. Der Kampf gegen die Vormacht der »Tutsi-Rasse« wurde zum Staats(gründungs)programm, so dass Bertrand Russell schon damals den Vergleich zur Judenvernichtung in Deutschland zog. All das war bekannt, hinderte aber nichts daran, dass das unabhängige Ruanda ein besonderer »Freund des Westens, der katholischen Kirche und der internationalen Christdemokratie« wurde, wie Dominic Johnson, Afrikaredakteur der taz, in seinen Nachwort zum Band von Roméo Dallaire schreibt. Der kanadische General Dallaire, 1993/94 militärischer Leiter der UN-Blauhelm-Mission in Ruanda, legte 2003 sein minutiöses, erschütterndes Protokoll des Massenmords und gleichzeitig seine Anklageschrift gegen das ominöse Subjekt »Völkergemeinschaft« vor.

Leider ist der analytische Wert des Buches gering. Es mag zwar geeignet sein, Verschwörungstheorien, die immer noch populär sind, zu widerlegen. Es läuft aber letztlich auf etwas Ähnliches hinaus, nämlich auf eine Mystifikation, wie man sie aus der Populärkultur – Beispiel »Sympathy for the devil« – kennt: »When I shouted out Who killed the Kennedys/It was after all you and me«. Letztendlich soll es sich in Ruanda um den Auftritt des Teufels gehandelt haben, und menschlich verantwortlich war die Völkergemeinschaft, also wir alle, you and me. Dabei ist schon der erste Teil der Erklärung, die Begegnung mit their satanic majesty, absurd. Vermutlich handelte es sich in Ruanda um Abertausende Täter, die sich für das Programm einspannen ließen. Noch mehr als bei der nationalsozialistischen Judenvernichtung, die von einem hochorganisierten Staatsapparat ausging, war hier das bürgerschaftliche Engagement williger Mitmacher gefragt. Und wenn Dallaire im 12. Kapitel sein Handschlagerelebnis erzählt, stellt er selber die Idee vom dämonischen Mastermind in Frage.

Der geradlinige Rapport vom Desaster der UN-Mission führt zu einem anderen Ergebnis: Der Plan war kein Geheimprojekt, das kranke Hirne im Stillen ausbrüteten. Er war vielmehr in all seinen Etappen, spätestens durch Dallaires eigene Demarchen, bei den maßgeblichen Aufsichtsmächten (Washington, Paris...) bekannt. Planung und Umsetzung erschienen dort nicht als ungeheuerliche Tat, sondern als die weltpolitische Normalität, die die Weltmächte zu betreuen haben und in der sie ihren jeweiligen Handlungsbedarf ermitteln. Bei dieser Ermittlung, die an einer diplomatischen Börse mit der heuchlerischen Bezeichnung »Vereinte Nationen« stattfindet, werden Interessen gegeneinander abge-

wogen – und nicht humanitäre Notlagen taxiert. Je nach Ergebnis der Interessenabklärung, wird dann gehandelt oder nicht.

Verantwortlich in erster Instanz sind also diese Mächte – Regierungen wohl gemerkt, nicht die Völker der Welt –, ohne dass man deswegen die vor Ort tätigen nationalen Akteure als Marionetten einstufen und die Gewalttaten der anderen Bürgerkriegspartei vergessen sollte. Die Weltmächte sind es, die über die Mittel verfügen, den weltweiten Gewaltkreislauf aufrechtzuerhalten oder zu unterbinden. Das tun sie, um ihre eigene Macht zu mehren und Rivalen in Schach zu halten. Wenn wie im Fall Ruanda kein strategisches oder wirtschaftliches Interesse vorliegt, unterbleiben Interventionsmaßnahmen. Dann bleibt es nur bei der generellen Zuständigkeitserklärung, wie sie auch in Ruanda vor, während und nach den Massakern Geltung hatte. Und dann wird vielleicht ein besonders krasser Fall von den UN mit dem Titel »Völkermord« geadelt, und eine in ihrem Zynismus kongeniale Genozidforschung beschäftigt sich mit der Frage, welchen Platz der betreffende Völkermord auf der Hitparade der Menschheitsverbrechen einnimmt, ob er mit dem Holocaust gleichgestellt werden darf etc. (vgl. die Vorstellung der Afrika-Literatur in EB 2/05).

So wird Dallaires Bericht letztlich Teil einer Verdummungsstrategie, wie sie das Nachwort meisterhaft darbietet: Da haben 588 quälende Seiten die Behauptungen von Verantwortung und Hilfe widerlegt und den nackten ‚machiavellistischen‘ Kern der modernen Staatenwelt enthüllt, damit abschließend die Lügen von den guten Absichten der Weltmächte und ihrer überforderten Hilfsbereitschaft wieder auferstehen. Obwohl alles auf dem Tisch liegt, fällt es laut Johnson »heute noch schwer«, die »schläfrige internationale Reaktion« zu erklären. Angeblich hatte die »internationale Gemeinschaft damals gerade andere Sorgen«, war also gutwillig, allerdings durch wichtigere Aufgaben gebunden. Speziell die Amerikaner sollen sich durch Selbstlosigkeit ausgezeichnet haben. Sie kamen nach Afrika, »um hungernden Somalis zu helfen«, mussten dann aber erfahren, dass das nicht so einfach geht – »kein Wunder« für Johnson, dass sie von Ruanda die Finger ließen.

»Zum anderen war im Frühjahr 1994 der Balkan in den Brennpunkt des Weltgeschehens und der internationalen Interventionsdebatte gerückt.« Nach dieser Optik melden sich Regionen mit ihren brennenden Problemen zu Wort – und okkupieren je nach Härtefall die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit. Denselben Unsinn beherrscht Johnson auch andersherum: Die guten Nachrichten vom Ende der Apartheid in Südafrika hätten 1994 den Blick auf den Negativfall Ruanda verstellt. Bekanntlich liebt die Presse ja nichts mehr als gute Nachrichten! Schlussendlich fallen dann doch noch ein paar harte Worte über die interessengeleitete Politik der Franzosen und Amerikaner, sie sind aber in die vorausgegangenen Entschuldigungen verpackt: Schläfrig, gutwillig, von den praktischen Problemen des Helfens überfordert blieben die maßgeblichen Staaten leider, leider in ihren alten Politikmustern hängen. So geht Enthüllungsjournalismus als vertrauensbildende Maßnahme!

js

MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER DIESES HEFTES

PD Dr. Ralph Bergold, KSI, Selhofer Str. 11, 53604 Bad Honnef; **Prof. Dr. Johanna Bödege-Wolf**, Detmarstr. 2-8, 49074 Osnabrück; **Thomas Hoffmeister-Höfener**, TheoMobil e.V. Kirchplatz 14 48324 Sendenhorst; **Prof. Dr. Hans Otto Hügel**, Universität Hildesheim, Institut für Medien- und Theaterwissenschaft, Domänenstraße 2, 31144 Hildesheim; **Johannes Schillo**, In der Maar 25, 53175 Bonn; **Dr. Theresia Wintergerst**, Herrenbergweg 12, 86567 Hilgertshausen